

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Vorstandssitzung

Am 16. April tagte in Berlin der Vorstand zur Auswertung der Mitgliederversammlung Ende März. Im Mittelpunkt der Auswertung standen:

- ? Gemeinwohl-Ökonomie und Kommunen, dazu soll am 27. Mai in Potsdam eine erweiterte Vorstandssitzung mit Brandenburger Kommunalpolitikern stattfinden
- ? die soziale Absicherung von Unternehmern soll Gegenstand des nächsten Stammtisches im Mai in Berlin sein; nähere Informationen werden rechtzeitig bekanntgegeben
- ? Organisation eines Linken Wirtschaftsforums nach den Erfahrungen aus 15 Jahren in Marzahn-Hellersdorf auch in anderen Stadtbezirken und Landkreisen (das Forum M+H wird getragen von Petra Pau, MdB mit Wahlkreis in M+H., dem Kreisverband DIE LINKE vertreten durch eine Bezirksstadträtin und OWUS)
- ? die gemeinsame Publikation mit der RLS in Auswertung der Konferenz vom Oktober v.J. nimmt Gestalt an, jetzt werden die Autoren gesucht und angesprochen (**siehe Anhang** – Vorschläge für Beiträge und Autoren können an den Vorstand übermittelt werden)

Der Vorstand bestätigte den Antrag des Bildungsvereins am Kreuzpfuhl e.V. auf Mitgliedschaft in unserem Verband. Der 2008 gegründete Verein will einen Beitrag zu einem verbesserten Bildungsangebot vor allem in Berlin-Weißensee leisten. Er plant, organisiert und unterstützt politische Vorträge, Foren, Veranstaltungsreihen aber auch lockere Diskussionsveranstaltungen und Buchlesungen. <http://www.bv-kreuzpfuhl.de/index.shtml>

Am 13. Juni findet am Franz-Mehring-Platz wieder das Pressefest des „neuen deutschland“ statt. Mitgliedsunternehmen, die sich auf dem OWUS-Stand präsentieren wollen, melden sich bitte beim Vorstand.

Aus den Landesverbänden

Mitgliederversammlung des OWUS-Thüringen e. V.

Am 10.04.2014 trafen sich in Erfurt Mitglieder und Interessenten des OWUS-Thüringen e. V. zur Mitgliederversammlung. Bedingt durch die Osterferien war der Teilnehmerkreis leider sehr überschaubar. Dennoch entspann sich unter den Teilnehmenden eine rege und sehr interessante Diskussion um die Rolle des OWUS-Thüringen e. V. nach dem Regierungswechsel.

Frank Kuschel berichtete von seinen Gesprächen mit Vertretern der neuen Landesregierung. Es gibt u. a. das Angebot dem OWUS im Wirtschaftsministerium einen direkten Ansprechpartner zuzuordnen. Ähnliches sei auch bei der Aufbaubank vorgesehen. OWUS soll in den Verteiler der Informationen des Wirtschaftsministeriums aufgenommen werden. Künftig soll OWUS auch in die Anhörung der Verbände in Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden. Mit besonderem Interesse nahmen die Anwesenden das Angebot aus

der Staatskanzlei zur Vereinbarung eines Gesprächstermins mit Ministerpräsident Bodo Ramelow auf.

Wenn alle Vorhaben umgesetzt werden, kann sich der Gebrauchswert von OWUS für seine Mitglieder erheblich erhöhen.

Gleichzeitig wächst damit allerdings auch die Verantwortung für Mitglieder und Vorstand eine aktive Verbandsarbeit zu gestalten.

Deshalb soll der Landesvorstand personell gestärkt werden. Bereitschaftserklärungen für eine Mitarbeit liegen vor.

Da einige der Kandidaten für den neuen Vorstand wegen der Osterferien entschuldigt waren, beschlossen die Anwesenden die geplante Vorstandswahl zu vertagen. Sie soll nun zur zweiten Tagung der Mitgliederversammlung 2015 am 12.06.2015 ab 17.30 Uhr im Landtagsgebäude in Erfurt stattfinden.

Leserbrief im „neuen deutschland“

Am 28. April veröffentlichte das „nd“ nachstehenden Leserbrief des Vorsitzenden von OWUS.

Wann gibt es solche Infos aus deutschen Konzernen?

Zu »Besser teilen«, 20.4., S. 4

Das ist doch mal eine Meldung! Ein Unternehmer reduziert sein Millionengehalt auf das Niveau des in seinem Unternehmen gezahlten Mindestlohnes – 70 000 US-Dollar. Wann wird es eine solche Meldung auch mal aus einem deutschen Konzern geben? Die Einkommensschere geht immer weiter auf. In Österreich beträgt die Einkommensspreizung zwischen dem Höchst- und Mindesteinkommen 1:800, in Deutschland 1:5000 und in den USA das 350 000-fache des dortigen gesetzlichen Mindestlohnes (siehe: Felber, »Gemeinwohl-Ökonomie«, Wien 2012).

Auch innerbetrieblich geht die Schere immer weiter auf: Nach Untersuchungen der Hans-Böckler-Stiftung betrug die durchschnittliche Vorstandsvergütung in einigen DAX Unternehmen das 100-fache der durchschnittlichen Personalkosten eines Beschäftigten dieser Unternehmen. Die Schweizer haben mit einem Volksentscheid versucht, diese Einkommensspreizung auf 1:12 zu deckeln. Der erste Anlauf hat nicht die notwendige Mehrheit gebracht.

Bevor nun gleich wieder aus der linken Ecke die Kritik an raffgierigen Unternehmern = Ausbeuter losbricht: Es gibt auch Unternehmen, meist kleine, da ist die Relation unter 1:1. Von den über zwei Millionen Solo-Selbstständigen ganz zu schweigen – da träumen viele von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro/Stunde. Der Sozialbeirat der Bundesregierung stellte bereits vor Jahren fest, dass der Anteil der Selbstständigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1100 Euro zwischen 1995 und 2005 von 24 Prozent auf 32 Prozent gestiegen ist. Für die Interessen insbesondere dieser Unternehmer setzt sich unser Unternehmerverband OWUS seit Jahren ein, dass sollte auch Gegenstand linker Politik sein.

Rolf Sukowski

Vorsitzender OWUS e.V.

Berlin

Wirtschaftsinformationen

Aufruf von ver.di zum 1. Mai

In ihren traditionellen Aufruf zum 1. Mai nahm die Gewerkschaft ver.di auch Stellung zur Lage unter Selbständigen. „Seit dem letzten 1. Mai konnten die Gewerkschaften zwei große Reformen durchsetzen: Die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren und den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Hiermit wurden wichtige Schritte zu einer Neuen Ordnung der Arbeit durchgesetzt.

Weitere Schritte müssen aber folgen: Wir wollen Befristungen auf sachlich begründete Fälle beschränken, Leiharbeit einschränken und gleiche Löhne und Bedingungen für die Beschäftigten durchsetzen. Der Missbrauch von Werkverträgen zur Lohndrückerei muss bekämpft und die Tarifverträge gestärkt werden. **Auch** geringfügig Beschäftigte und **Selbstständige müssen voll in die Sozialversicherungen einbezogen werden.**

Eine besondere Herausforderung ist die **drastische Veränderung der Arbeitswelt** durch die Digitalisierung. **Dazu gehören** der zunehmende psychische Stress am Arbeitsplatz, die 24-Stunden-Verfügbarkeit, oder **auch die wachsende prekäre Beschäftigung bei Solo-Selbstständigen** wie „Click-“ oder Crowd-workern“ oder Putzhilfen, die von Online-„Arbeitgebern“ oder Vermittlern abgezockt werden. Hier ist die Situation vergleichbar mit der Vereinzelung von Beschäftigten im 19. Jahrhundert vor Gründung der Gewerkschaften. Es droht ein digitales Proletariat ohne jeden sozialen Schutz.

Wir haben viel erreicht, aber es bleibt auch viel zu tun. Eine gute Zukunft der Arbeit gibt es nur mit starken Gewerkschaften. Mach mit!“ [Hervorhebung durch NL-Redaktion]
<http://wipo.verdi.de/publikationen/++co++c0c1764e-ee52-11e4-b108-525400438ccf>

OWUS wird dabei mitmachen und auf ver.di zugehen!

Neues zur Gemeinwohl-Ökonomie

Anlässlich des TAZ-Lab weilte am letzten April-Wochenende der Mitbegründer der Gemeinwohl-Ökonomie Christian Felber in Berlin. Bei einem Treffen mit Vertretern des GWÖ-Vereins, an dem auch OWUS teilnahm, wurde neue Informationen zur Entwicklung der Bewegung ausgetauscht.. Die GWÖ-Gemeinde, die im Oktober ihren 5. Geburtstag feiert, wächst stetig und hat mehrere tausend Mitglieder weltweit. In Vorbereitung ist die Gründung eines internationalen Vereins als Dachorganisation der zahlreichen nationalen und regionalen Vereine. Die Demokratische Bank nimmt Gestalt an und soll 2016 ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen. Weitere Unternehmen mit teilweise über 100 Beschäftigten u.a. aus dem Sozialbereich wollen in den nächsten Monaten eine Gemeinwohlbilanz aufstellen. Am 29. April stellten in Hamburg auf einer Pressekonferenz Unternehmen aus Berlin und der Hansestadt ihre Bilanzen vor.

Wie hält es Ihr Europa-Abgeordneter mit dem TTIP?

Aus den Newsletter des BUND vom 15. April 2015:

"Bedrohung für die Demokratie", "Freihandelsfalle", "eine Wahnsinnstat" – so bewerten ExpertInnen landauf landab das Freihandelsabkommen TTIP. Doch sehen die politischen Entscheidungsträger es genauso? Wollen Sie wissen, wie Ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament zu TTIP stehen? Und wie sie sich bei der im Mai anstehenden Abstimmung entscheiden? Dann werfen Sie einen Blick auf unseren TTIP-Check und fordern Sie Ihre Abgeordneten auf, Zähne zu zeigen gegen das Abkommen

<http://www.ttipcheck.eu/>

Neue Broschüre: „Das Mindestlohngesetz im Detail“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales informiert zum Thema Mindestlohn in der neuen Broschüre „Das Mindestlohngesetz im Detail“

http://www.der-mindestlohn-gilt.de/SharedDocs/Downloads/ml/broschuere-zum-mindestlohngesetz-im-detail.pdf?__blob=publicationFile

Künstlersozialkasse

Die Künstlersozialabgabe ist außerhalb von Insiderkreisen relativ unbekannt. Das könnte sich jedoch bald ändern, da die Zahlung dieser Abgabe ab 2016 deutlich umfassender kontrolliert werden soll.

Die Künstlersozialabgabe dient einem guten Zweck: Mit ihrer Hilfe unterstützt die KSK die soziale Absicherung von selbständigen Künstlern und Publizisten. Wer bspw. als freier Autor, Musiker oder Schauspieler bei der KSK gemeldet ist, zahlt in die gesetzliche Kranken-, Pflege und Rentenversicherung ein und bekommt einen Zuschuss von 50% zu den Beiträgen. Für selbständige Kreative ist das eine sehr günstige und daher beliebte Form der Absicherung. Diese muss jedoch finanziert werden. Dies übernimmt nur zum kleineren Teil der Staat, der größere Teil wird über die Künstlersozialabgabe erwirtschaftet. Diese Abgabe müssen gemäß § 24 KSVG alle Unternehmen und Einrichtungen leisten, die regelmäßig mit selbständigen Künstlern oder Publizisten arbeiten, etwa im Rahmen der Eigenwerbung. Sie ist fällig als Zuschlag auf die Entgelte, die diese Unternehmen an die in der KSK Versicherten zahlen (2015 sind dies 5,2% des Netto-Entgeltes). Die Abgabe darf dabei den Künstlern natürlich nicht von der Rechnung abgezogen werden.

Ob die von den Unternehmen gemeldete abgabepflichtige Entgeltsumme tatsächlich stimmt, wird erst im Rahmen einer Betriebsprüfung durch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) oder die KSK ermittelt. Zum 1. Januar 2015 greift eine Reform des KSV Gesetzes, die zu einer massiven Ausweitung der Erfassung abgabepflichtiger Verwerter führt: Die Deutsche Rentenversicherung wird statt bisher 70.000 dann 400.000 Unternehmen und Einrichtungen jährlich prüfen und die Entgeltmeldung kontrollieren. Künftig werden sich alle Unternehmer, die entsprechende Leistungen in Anspruch nehmen, noch aktiver mit dem Thema auseinandersetzen müssen. <http://www.kuenstlersozialkasse.de/>

MEMORANDUM 2015 veröffentlicht

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat im April in Berlin das MEMORANDUM 2015 vorgestellt: „40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit“. Die Kurzfassung dieses 40. MEMORANDUM – die wiederum von über 1.000 Personen unterstützt wurde – ist jetzt [hier](#) online verfügbar.

Die **Pressemitteilung** sowie **Tabellen** und **Grafiken** des MEMORANDUM sind ebenfalls auf der Homepage eingestellt und können [hier](#) direkt abgerufen werden

Das MEMORANDUM 2015 (Langfassung) in Buchform kann ab sofort zum Preis von 15.- Euro (einschließlich Porto) bezogen werden. [Infos zur Langfassung](#)

Das MEMORANDUM untersucht 2015, in seinem vierzigsten Erscheinungsjahr, die aktuelle wirtschaftliche Lage und beschreibt, wie die derzeitigen Probleme – insbesondere die seit vier Jahrzehnten anhaltende Massenarbeitslosigkeit – bekämpft werden können: Durch eine nachhaltige, sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die die Krisenursachen direkt

angeht. Es legt die Notwendigkeit eines Ausbaus öffentlicher Investitionen und Möglichkeiten ihrer nachhaltigen Finanzierung dar. Außerdem behandelt es die noch nicht beendete Krise in Europa sowie die zu erwartenden Folgen des Freihandelsabkommens mit den USA, TTIP. Weitere Themen sind Lebensentwürfe im Wandel, Bankenregulierung, der Länderfinanzausgleich, die aktuelle Entwicklung in Ostdeutschland, die neue Wohnungsnot sowie Bildungspolitik – und ein Rückblick auf 40 Jahre MEMORANDUM.

Siehe auch Interview mit Rudolf Hickel im „neuen deutschland“ vom 28. April. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/969469.kapitulation-der-gestaltenden-finanzpolitik.html?sstr=Memorandum|Hickel>

Neues zur „Spreublüte“ – der Alternativwährung in Berlin

(Information des Regio Berlin e.V.)

„Die Spreublüte - gemeinsam lokal handeln; ein Tauschmittel zum anders Handeln: vielfältig, fair und transparent.

gemeinsam

Werden Sie Teil der Spreublüten-Gemeinschaft! Zusammen mit Unternehmen, Einzelhändlern, Freischaffenden und Privatpersonen verwenden wir die Spreublüte als von uns allen anerkanntes Zahlungsmittel – neben dem Euro. Die Mitglieder bestimmen selbst, wie die Spreublüte funktionieren soll. Sie ist ein demokratisch kontrolliertes Tauschmittel, das unter transparenten Bedingungen geschaffen und gesteuert wird.

Die Spreublüte nützt denen, die sie nutzen. Unser Netzwerk kann das Leben in vielen Bereichen erleichtern und bietet neue Geschäfts- und Werbemöglichkeiten. Und die Teilnahme bringt Ihnen einen Wettbewerbsvorteil: Mit der Spreublüte lassen sich Kunden binden, die eigene Bekanntheit steigern und zusätzliche Einnahmen und Umsätze generieren. Die Spreublüte wird es in Form von Scheinen geben, die selbstverständlich Sicherheitsmerkmale tragen, um eine Fälschung zu verhindern. Die Rückseiten der Scheine stehen als Werbeflächen allen Teilnehmern zur Verfügung.

lokal

Beim Handel mit Spreublüten wird die Region gestärkt, da unsere Lokalwährung das Geld vor Ort hält. Die Spreublüte kann regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten stärken. Sie fließt dort hin, wo sie gebraucht wird: nicht an die Finanzmärkte, sondern zu den Menschen und Unternehmen in der Region Berlin-Brandenburg. Auf diese Weise fördert sie die Vielfalt heimischer Produkte und die Gemeinschaft im wirtschaftlichen Austausch. Durch mehr lokale Nachfrage entstehen kürzere Arbeits- und Transportwege. Dies senkt den nötigen Zeit- und Energieverbrauch, was für die Menschen mehr Lebensqualität und für die Umwelt eine deutliche Entlastung bringt.

handeln

Mit der Spreublüte wollen wir anders handeln - im doppelten Sinne. Unsere Währung hat deshalb andere Spielregeln als der Euro. Jede einzelne Spreublüte ist durch Waren oder Dienstleistungen unserer Teilnehmer gedeckt. Außerdem ist die Spreublüte ein ‚fließendes Geld‘ Sie wird ohne Zinsen zur Verfügung gestellt und ist somit ein reines Tauschmittel, das nicht angehäuft und für spekulative Zwecke missbraucht werden kann. Die Spreublüte ist ein faires Geld, weil sie sich nicht bei den einen von selbst vermehrt und bei den anderen in die Schuldenfalle führt. Mit der Spreublüte gibt es weniger Druck als im Euro-System, hohe Renditen zu erwirtschaften. Dadurch rentieren sich bereits Investitionen mit niedrigen

Gewinnerwartungen, wie im sozialen oder ökologischen Bereich. Die Wirtschaft wächst nur noch dort, wo es einen tatsächlichen Bedarf an neuen Produkten gibt.

So funktioniert's: Jeder Teilnehmer bekommt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit ein Spreublüten-Kontingent, ganz ohne Euros. Mit den Spreublüten kann er oder sie Handel betreiben oder Rabatte an Kunden vergeben. Privatpersonen können mit den Spreublüten, die sie nun zusätzlich im Portemonnaie haben, bei allen teilnehmenden Geschäften einkaufen. Sie gewinnen Kaufkraft und die Unternehmen gewinnen kaufkräftige Kunden. So schließt sich der Spreublütenkreislauf. Damit sich nicht zu viele Spreublüten bei einem Teilnehmer anhäufen, kann jeder seine Annahmquote selbst festlegen.

So können Sie mitmachen: Werden Sie Spreublüten-Interessent und teilen Sie dies auf unserer Website mit. Mit einer zusätzlichen Spende oder Vereinsmitgliedschaft helfen Sie, die Spreublüte voranzubringen. Setzen Sie ein Zeichen für ein anderes ‚Handeln!‘

www.sprebluete.de

Veranstaltungen

? Auszug aus Schreiben von Katja Kipping und Bernd Riexinger

*„Endlich ist es soweit: **am 1. Mai startet unsere neue Kampagne „Das muss drin sein.“***

Denn während die Wirtschaft boomt und die Steuern sprudeln, liegt vieles im Argen: Befristete Arbeitsverhältnisse erschweren eine normale Lebensplanung. Wer sich um Kinder, Kranke oder Pflegebedürftige kümmert, spürt den Kostendruck der letzten Jahre. Die Preise für Gas und Strom steigen so schnell wie die Miete.

Wir sagen, Selbstverständlichkeiten wie eine planbare Zukunft und soziale Absicherung, müssen tatsächlich wieder selbstverständlich werden. Befristung und Leiharbeit stoppen. Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Wohnung und Energie bezahlbar machen. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit - das ist das Mindeste, das in einem reichen Land wie Deutschland drin sein muss: Was wir brauchen, ist eine starke Bewegung für gute Arbeit und ein gutes Leben!“ <http://www.die-linke.de/kampagne/aktuell>

Auch wenn sich dieses Schreiben nur an die Mitglieder der Partei DIE LINKE richtet, wird sich OWUS in die Debatte einbringen und auf die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Kleinst- und Kleinunternehmer hinweisen (siehe o.g. Aufruf von ver.di).

? Veranstaltungen zum **70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus** am 8. und 9. Mai 2015

-

siehe

http://www.die-linke-berlin.de/politik/positionen/geschichte/70_jahrestag_der_befreiung_von_faschismus_und_krieg/

sowie <http://www.berlin-feiert-die-befreiung.de/index.html>

? **Förderung kleiner und mittlere Unternehmen** – Veranstaltung mit dem stellv. Fraktionsvorsitzenden Ralf Christoffers und Vertretern des Vorstands von OWUS am 12. Mai 2015 um 19.30 Uhr im Mehrzweckraum des Sport- und Kulturzentrums in Zeuthen (Schulstr. 4). Die Veranstaltung wird organisiert von der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung und dem Gewerbeverein Zeuthen e.V.

? Die Bundesregierung versucht seit geraumer Zeit, Auslandseinsätze der Bundeswehr auch ohne die bisher erforderliche Zustimmung des Bundestages, die im Parlamentsbeteiligungsgesetz geregelt ist, zu ermöglichen – dazu soll dieses Gesetz „reformiert“ werden. Anlässlich der Debatte um diese Reform lädt DIE LINKE. im Bundestag zu einer **Anhörung** ein, in der ein Austausch **über die Änderungen an der Parlamentsbeteiligung** stattfinden soll. Mit Sachverständigen und Gästen soll am 18. Mai 2015 im Fraktionssaal der Fraktion DIE LINKE im Bundestag diskutiert werden
Für die Teilnahme ist eine Anmeldung mit dem über die Homepage der Fraktion verfügbaren Formular erforderlich – an: veranstaltung@linksfraktion.de – Anmeldeschluss ist der 14.05.2015 <http://www.linksfraktion.de/termine/fachgesprach-aenderungen-parlamentsbeteiligungsgesetz-parlamentsvorbehalt-gefahr/>

? Termine des Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg e.V. unter <http://berlin.gwoe.net/>



<https://www.facebook.com/owus.dachverband>

Unsere Geburtstagskinder für den Mai 2015

Schlangen, Dietmar	01.05.	(leider nachträglich)
Förster, Daniel	19.05.	
Frieß, Gisela	20.05.	

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euch allen einen schönen Mai!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de.

Auszug aus dem Konzept zur Erstellung einer Aufsatzbroschüre in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Arbeitsstand 16. April 2015)

Vorläufiges Arbeitsthema

„Kleine und mittlere Unternehmer – Ausbeuter und Kapitalisten oder Bündnispartner? Zur Rolle von kleinen und mittleren Unternehmern in linker Wirtschaftspolitik“

Zielrichtung der Publikation

- Jeder Beitrag sollte unmittelbare und, soweit es geht, konkrete Vorschläge an eine linke Wirtschaftspolitik enthalten, Veränderungen in der Gesellschaft insbesondere der Wirtschaft herbei zu führen (Aufforderung zum Handeln).
- Zur Einleitung sollte kurz mit aussagefähige Zahlen die Unternehmensstruktur in Deutschland und ihr Wirtschaftspotential sowie die soziale Situation insbesondere der kleinen Unternehmer und Solo-Selbständigen (Ein-Personen-Unternehmen) analysiert werden;
- Für wen sind die Parteien da - zur Rolle der parlamentarischen Demokratie und der außerparlamentarischen Opposition? Wo liegen Ursachen für Politikverdrossenheit auch unter selbstständig Erwerbstätigen? Es bedarf einer Zuwendung linker Wirtschaftspolitik auch zu den kleinen und mittleren Unternehmern.
- Kleine und mittlere Unternehmer als natürliche Verbündete für einen Wandel der Gesellschaft i.S. eines sozial-ökologischen Umbaus, gegen eine pauschalisierte Verteufelung der „profitgeilen Unternehmer“ (unter Linken weit verbreiteter ideologischer Irrtum, die „Unternehmer“ undifferenziert immer als ihren Gegner zu betrachten, den man bekämpfen muss) sowie die pauschale Diskreditierung von Gewinnen;
- Wie soll den Auswüchsen kapitalistischer Globalisierung entgegnet, wie die transnationale Macht von Konzernen eingedämmt werden, wenn nicht eine qualitativ breitere Massenbasis auch unter den kleinen und mittleren Unternehmern gewonnen wird? Kann ein durch die Finanzmärkte krisenverschärfender Verlust an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen den Linken gleichgültig sein?
- Zur Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Gestaltung einer auf das Gemeinwohl orientierten Wirtschaft, u.a. durch den Ausbau regionaler Kreisläufe, ökologisch-nachhaltiger Produktionen;
- Die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie unter den Bedingungen eines marktwirtschaftlichen Umfeldes.

Themenvorschläge für einzelne Beiträge (Aufsatzcharakter)

- 1. Bündnispartner oder notwendiges Übel - die SED und Privatunternehmer in der DDR**
Der reale Sozialismus der DDR ist auch daran gescheitert, dass Anfang der siebziger Jahre Handel und Handwerk sowie die Versorgungswirtschaft in kleinen, privaten Wirtschaftseinheiten verstaatlicht worden ist.
Historischer Abriss über den Umgang der SED mit kleinen Unternehmen in der DDR – ideologische und materielle Erfahrungen.
- 2. Die Entwicklung des Unternehmertums nach 1989 in den neuen Bundesländer**

Welche Rolle spielte hier die SED/PDS und dann PDS – gab es Anzeichen einer Bündnispolitik, um aus der Erkenntnis gemachter Fehler in der DDR heraus eine neue linke Wirtschaftspolitik zu entwickeln?

3. 20 Jahre OWUS – Heimstätte für linksorientierte Unternehmer

„Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“ - Unternehmertum als natürliches Bündnispotential einer linken Opposition

OWUS gründete sich 1994 - sein politisches Kredo, Probleme der damals neugegründeten Unternehmen, Versuche der Zusammenarbeit mit den Linken.

4. Industrie 4.0 – die vierte industrielle Revolution

- Entwicklung der Produktivkräfte als eine wesentliche Rahmenbedingung, die völlig neue Anforderungen an Wirtschaftsstrukturen stellt
- Widersprüche zwischen dieser Entwicklung und den damit verbundenen Zwängen zur selbständigen Arbeitsorganisation sowie dem neoliberalen Gesellschaftsumbau und Verschärfung damit verbundener Widersprüche
- Zur Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Zukunftsprojekt der Bundesregierung – haben sie eine Zukunft und wenn ja, welche?
- Zum Gründermythos in Deutschland - Arbeitnehmer werden Unternehmer durch „Flucht“ in die Selbstständigkeit oder Zwang zur Scheinselbstständigkeit (Anstieg der Zahl von Einpersonener Unternehmen, Werkverträge, Hochschullehrer als Sachkosten)

5. Sozialcharta für Selbständige

- Zur prekären Einkommenssituation vieler kleiner Unternehmer - ihre soziale Absicherung in Kranken- und Pflegeversicherung, Altersvorsorge und bei Arbeitslosigkeit (u.a. Erfahrungen in Österreich)

6. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirken der kleinen und mittleren Unternehmer

- Gründungsbürokratie
- Probleme bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns
- Unternehmensfinanzierung und Förderinstrumente
- Verhältnis der Gewerkschaften zu den kleinen und mittleren Unternehmern – Partner oder Gegner?

7. Linke Wirtschaftspolitik in den Landkreisen und Kommunen

- zur Verantwortung bei der Gestaltung öffentlicher Aufträge und Ausschreibungen
- Gestaltung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmerverbänden
- Was kann linke Wirtschaftspolitik auf Landesebene bewirken

8. Gemeinwohlökonomie als ein alternativer Ansatz zur Veränderung des derzeitigen Wirtschaftssystems - möglicher neuer wirtschaftspolitischer Ansatz für die Linken?

Kleine und mittlere Unternehmen, Kommunen und kommunale Unternehmen als Vorreiter – Erfahrungen, Machbarkeit und derzeitige Grenzen

9. Internationale Aspekte der Bündnispolitik

- Erfahrungen aus anderen Staaten, insbesondere aus EU-Staaten mit starken linken Bewegungen sowie lateinamerikanischen Ländern (Sozialismus des 21. Jahrhunderts)
- Rolle und Möglichkeiten der linken Fraktion im Europaparlament